

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post 25,50 Mark,
auswärts Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsverzeichnis unter
Coole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Coole-Zeitung ge-
stattet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1419
u. 1411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Coole-Zeitung

Zwölftägigster Jahrgang.

Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restzeilen
die 22 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nahen an
unserer Geschäftsstelle. Erfüllungsort:
Halle. Erscheinung täglich 3 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Erscheinung und Kauf: Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Drome-
nade 13. Dr. Braunsbach. 1778.
Leben-Geschäftsstellen: Coole-
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Vertrieb-Konto Leipzig Nr. 4609

Nr. 380.

Halle, Montag, den 16. August 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Entscheidung über Westpreußen.

WTB. Berlin, 15. August. Der Oberste Rat hat dem
Präsidenten der Deutschen Friedensdelegation in Paris eine
Note über das westpreussische Abstimmungsge-
biet überreicht, in der es u. a. heißt:

Der Artikel 97 des Vertrages von Versailles hat be-
schlossen, daß nach Beendigung der Volksabstimmung in den
Kreisen Stuhm und Rosenberg, sowie in dem Teile
des Kreises Marienburg östlich der Nogat, und auch
in dem östlich der Weichsel gelegenen Kreise von Marien-
erber, die alliierten und assoziierten Mächte die Grenz-
linie zwischen Deutschland und Polen festsetzen werden, wo-
bei zum mindesten für die gesamte Strecke, auf der die
Weichsel die Grenze bildet, die volle und uneingeschränkte
Ueberwachung des Stroms einschließlich seines östlichen
Ufers in der Tiefe, die für die Regulierungs- und Verbesse-
rungsarbeiten erforderlich ist, Polen zugesprochen werden
muß.

Auf Grund hiervon hat die Vorkonferenzkraft
ihrer Vollmacht die Grenzlinie wie folgt festgelegt:

Von einem gemeinsamen Punkte an der Grenze Polens,
Deutschlands und der Freien Stadt Danzig bis zu einem
Punkte auf dem Ufer der Weichsel, die die Verwaltungsgrenze
zwischen den Gemeinden Keinfeld und Schulwitz
die Weichsel berührt: eine im Gelände festzulegende Linie
zwischen Fluß und Deich unter Beachtung nachfolgender Be-
merkungen:

Die Frage der Zuteilung des Hafens von Weissen-
berg und der Schiff-see zwischen Weichsel und Nogat, die
das Wasser der Weichsel kontrolliert, wird an Ort und
Stelle durch die Grenzkommission unter Hinzuziehung von
technischen Sachverständigen entschieden werden. Die Kom-
mission wird hierbei jedoch auf die Tatsache Rücksicht zu
nehmen haben, daß das Dorf Weissenberg sich unzweifelhaft
für Ostpreußen erklärt hat.

Von dort bis zu dem Punkte, wo die Verwaltungsgrenze
zwischen den Gemeinden Johannisdorf und Groß-Weise an
die Weichsel stößt: eine im Gelände festzulegende Linie,
welche die Ortsgrenzen Keinfeld, Keuliebenau,
Kramershof, Augendick und Johannisdorf
Polen zuweist. Soweit wie möglich den östlichen Gemein-
degrenzen dieser Ortsgrenzen folgt und den durch die
lokalen Verhältnisse bedingten wirtschaftlichen Erwägungen
Rechnung trägt.

Von dort bis zu einem Punkte, wo die Südgrenze des
Kreises Marienwerder an das Ufer der Weichsel stößt:
eine im Gelände festzulegende Linie zwischen Fluß und
Deich, den Polen den Hafen von Kurzebrak mit allen
seinen Anlagen, die Eisenbahnlinie der Linie Marien-
werder—Münstermühle, die Brückenköpfe mit dem ganzen
inneren Deich, den Eisenbahndamm und das Gebiet bis
zum Fluß des von dem Fluß weiter entfernt gelegenen
Deiches zuripst und Deutschland das Dorf Kurzebrak zu-
erkennt.

Von dort die in Artikel 28 des Friedensvertrages von
Versailles festgesetzte Grenze bis zu dem Punkte, wo die
Westgrenze des Regierungsbezirkes Merseburg die alte
Grenze zwischen West- und Ostpreußen trifft.

Die Festlegung der Grenze, die hiermit erfolgt und für
die beteiligten Parteien, so wie es in dem angezogenen
Artikel 97, Absatz 6 bestimmt ist, verbindlich ist, schließt die
Anerkennung der Souveränität Polens auf den oben be-
zeichneten Gebieten in sich, die hiermit aufhören, zu Deutsch-
land zu gehören.

Die Entscheidung über Ostpreußen noch nicht gefallen.

WTB. Berlin, 15. Aug. Die Entscheidung über
Ostpreußen ist noch nicht gefallen, fest aber, wie
sich aus nachstehender Note der Vorkonferenz er-
gibt, unmittelbar bevor.

Der Artikel 95 des Friedensvertrages von Ver-
sailles hat bestimmt, daß nach der Volksabstimmung in
dem Gebiet von Allenstein, so wie es durch Art. 94
des Vertrages von Versailles abgegrenzt ist, die allier-
ten und assoziierten Mächte die Grenzlinie zwischen
Deutschland und Polen festsetzen werden. In Verfolg
hiervon wird die Vorkonferenz Ihnen auf Grund
ihrer Vollmacht durch Schreiben vom 15. August die
neue Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in
dieser Gegend bekannt geben.

Ich habe die Ehre, obige Mitteilung von Ihrer
Kenntnis zu bringen, damit Ihre Regierung schon jetzt
alle Maßnahmen treffen kann, welche sie für nützlich
hält, um die Einsetzung der ordnungsmäßigen Verwal-
tung in dieser Gegend vorzubereiten.

Der Generalstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 14. Aug. Der Belagerungs-
zustand ist mit dem heutigen Tage aufgehoben.
Die Verhandlungen zwischen den Organisationen und
der Regierungskommission dauern an.
Wiesbaden, 14. August. Als erster Erfolg des
Streikbündnisses ist zu verzeichnen, daß
der Saarflücker freigelassen wurde, der wegen des angeb-

lichen Anstoßens an die Brust eines Offiziers zu sechs
Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt
worden war. Diese Verurteilung war die unmittelbare
Ursache des Streiks gewesen.

Antrag auf Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Die Abgeordneten Müller, Scheidemann
und Weis haben als Vorschläge der sozialdemokrati-
schen Reichstagsfraktion angefaßt die politische Lage
die schnelle Einberufung des Aus-
schusses für auswärtige Angelegenheiten
verlangt.

Der russisch-polnische Krieg.

Berlin, 16. Aug. Aus Moskau wird verschiedenen
Berliner Blättern gemeldet, daß die Stadt Polen und
die verschiedenen Kreisländer der Provinz Polen von
russisch-polnischen Flüchtlingen überfüllt werden. In
Polen werde der Zustand erst recht und nach der Provinz
absteigend, nur Böhmen finden Ausnahme. Die Ueber-
siedelung zahlreicher Warschauer Böhmen sei im Gange.
Kulturarbeiten, Konzerte usw. seien auf strengste Ver-
boten. Die Bürgerwehr setzt sich aus 16-50 jährigen zu-
sammen und ist militärisch organisiert. Die Nichter-
füllung der Wehrpflicht habe den Verlust der staats-
bürgerlichen Rechte zur Folge. Ein Vorparlament sei
gestiftet worden. Die Geiseln verständen, daß Frank-
reich an Deutschland und Rußland den Krieg erklärt,
daß Ungarn gegen Rußland mobilisiert habe und daß
die russische Armee innerlich uneinig sei. Das polnische
Oberkommando habe drei französischen Generalen ent-
scheidende Stimme erteilt. Die Umgruppierung an der
Nordfront sei bereits im französischen Sinne bewerk-
stelligt.

Die Russen im „Korridor“.

Königsberg, 16. August. Der Oberpräsident erklärt einen
Aufruf an die Bevölkerung Ostpreußens, in dem er zum
Schutze der Heimat und zur Wahrung der Neutralität die
Abwendung von Grenz- und Ortstreifen genehmigt. Alle
Schichten der Bevölkerung sollen in diesen Wehren gleich-
mäßig vertreten sein.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Graf
Oberdorff, ist mit dem Chef der anderen fremden
Missionen aus Warschau in Begleitung eines Vertreters
des polnischen Ministeriums des Aeußeren in Polen
eingetroffen. Wie wir hören, hat auch Lord
d'Abernon Warschau verlassen.

Die „Weidenburger Zeitung“ meldet, daß russische
Petroleums in der Richtung auf Lautenburg
vordringen.

Die Ententeschiffe für Polen.

Prag, 14. August. (Tschekoslowakisches Pressbüro.)
Seit gestern und heute gehen die Entente-Belegungs-
truppen des südpolnischen Abstimmungsgebietes
nach Oberschlesien ab.

Eine weiß-russische Sowjetrepublik.

Stockholm, 16. August. Eine unabhängige weiß-
russische Sowjetrepublik wurde, laut Rosta-Meldung,
in Minsk ausgerufen.

Wieder ein Ententezug angehalten.

Schneidemühl, 15. Aug. Gestern abend wurde auf
dem hiesigen Bahnhof ein Ententezug angehalten, da
Munition und Lebensmittel für Polen darin vermutet
wurden. Da die sich angeammelte tausendköpfige Menge
sehr erregt sich zeigte, wurde Sicherheitspolizei geholt,
die den Schutz der Engländer und Franzosen übernahm.
Da sich keine nichtdeklarierten Gegenstände in dem Zuge
befanden, ist er heute vormittag weitergefahren.

Kattowitz, 15. August. Nach einer amtlichen Meldung
prallte gestern auf dem Rangierbahnhofs Gleisweg eine Ran-
gierlokomotive auf einen französischen Militär-
zug, wobei ein französischer Soldat getötet und sieben ver-
letzt wurden. — Wie wir hierzu weiter von unterrichteter
Seite erfahren, hat die interalliierte Kommission auf Grund
des Untersuchungsergebnisses sich davon überzeugt, daß es
sich bei dem Unglück nicht um einen Sabotageakt
handelt.

Französische Sozialisten für Sowjet-Rußland.

Paris, 14. Aug. Die aus Moskau zurückgekehrten
Delegierten der französischen Sozialisten, Cadoin und
Frohard, erklärten gestern abend in einer Volksver-
sammlung, an der 10 000 Personen teilnahmen, Bericht
über ihre Reise durch Rußland. Sie schilderten das
Sowjetregime und traten für den Anschluß an die dritte
Internationale ein. Zum Schluß wurde eine Tages-
ordnung angenommen, in der sich die Veramtlung mit
der russischen Arbeiterrevolution solidarisch erklärt und
sich verpflichtet, sich mit allen Kräften gegen einen
neuen Krieg zu wenden, der die Arbeiter unter-
würfen würde. Die Veramtlung drückte den Wunsch
aus, die Regierung der Sowjetrepublik solle
anerkannt werden. Die Veramtlung trennte sich

mit einem Ruf auf die russische Revolution und die
„internationale soziale Revolution“.

Die Orgeßch auch in Brandenburg verboten.

Der preussische Minister des Innern, Seeger, hat
wie die „P. R.“ hören, in Verfolg seiner gegen die
Orgeßch eingenommenen Stellung nunmehr auch den
Bürgerangeboten der Provinz Brandenburg die Ver-
breitung und Verfügen gegen die Orgeßch durch Ver-
sammlungen und Aufstellungen untersagt.

Halbamtlich meldet WTB: Die in der Presse ver-
schiedenlich mehrdeutliche Behauptung, die Orgeßch sei
von einer Seite des Reichsministeriums des Innern
anerkannt worden, entspricht nicht den Tatsachen.

Für den Bund der Erneuerung!

Berlin, 14. August.
Hundert Spaltungen gehen durch unser Volk, wirtschaft-
liche, soziale, künstlerische, philosophische, religiöse, in tausend
Meinungsverhältnisse treten sie ans Licht, und wegen
einer jeden davon streiten wir uns, wenn wir uns ihret-
wegen nicht gar „bekämpfen.“ Und doch trennt nur eine
Gruppenbildung schlechterdings unüberbrückbar. Die Kul-
turwillen haben und die feinen haben.

Alle, die Kulturwillen haben, rufe der Bund für Er-
neuerung. Zu allererst muß dieser Will in wirtschaftlichen
Leben sich betätigen, warum, das haben andre eindringlich
gelehrt: Er muß es schon deshalb, weil man nicht von oben
herunter, sondern nur vom Boden aus bauen kann. Unter
Erdschoß ansetzen, das es löst ist. Es hat noch Gut genug
zu bergen, und dieses Gut darin ist besonderer Art: es laßt
nicht nur, es lebt, es treibt. „Welches Gut?“ Auch solches
aus „Fettersam“. Denn dort lagen ja nicht nur Erzeug-
nisse und Keimern, von denen manche immerhin auch was
gutes brachten, nein, dort lag auch Sansouci mit dem Alten
Frisen und seinem Gefolge. Aber freilich, vor allem geht es
um Gut aus „Weimar“, denn das ist jetzt am allermeisten be-
droht. Daß dieses Gut aus „Weimar“ unsern kommenden
Geschlecht das höchste werde, wie es uns das höchste war und
ist, das müssen wir sichern, sonst könnten die Altmacher,
Seifenfabrikanten und Zigarettenliebhaber für die nächste Zeit
bei uns regieren.

Wir wollen das nicht. Wir wollen auch nicht für eine
nur schnell vorübergehende Zeit zum heimlichen Kaiser den
Stef. Deshalb sichten wir uns zusammen und streben da-
hin, das zum neuen Reich mit im Gegensatz ein neuer
Abel sich bildet. Ein neuer Abel kann nur entstehen durch
neue Verpfichtung und neuen Dienst. Wir müssen opfern,
und wir müssen uns verpflichten. Opfern? Ja: opfern den
Luxus, d. h. den Tand. Und verpflichten? Verpflichtet sind
wir zwar ohnehin, denn wir sind Deutsche, aber es muß uns
bewußt werden, daß wir verpflichtet sind, wir müssen uns
verantwortlich wissen. Je mehr wir uns verantwortlich fühlen,
je mehr werden wir mitmachen und wird jeder in
seinem Kreis auch wirken dafür. Und je mehr wir wirken,
je mehr werden werden wir befriedigt sein. Der gibt es
eine andere Befriedigung, als durch Beteiligung an der
tätigen Tat? Erst, wer über das sich Bergangen-Müssen
hiniaus ist, sieht, wie viel Freuden auf der Welt seiner
warten. Mitarbeit am Wiederaufbau und wir gehen alle
sam. Ferd. Avenarius.

Wahnsinn?

Das „Berl. Tageblatt“ schreibt:
Der Münchener Professor und Obermedi-
zinalrat Max v. Gruber, der als wilder Au-
denfänger bekannt ist, hat an seinen Berliner Kollegen
Professor Bumm das folgende Schreiben gerichtet, daß
die „Münchener Medizinische Wochenschrift“ veröffent-
licht:

„Sehr geehrter Herr Kollege!

Sie und die anderen Herren Unterzeichner des Rund-
schreibens vom 15. Mai über die internationale Hilfs-
aktion für Rettung der Tuberkulosekranker Deutschlands
werden sich wohl über meine telegraphische Abgabe ge-
wundert haben. Ich verkenne natürlich ebensowenig
wie Sie die Nützlichkeit der Gesundheitslage, in der
sich unser Volk befindet, und ich würde ebenso
gerne wie Sie absehen. Ich halte es aber für
unabweisbar, daß in der einen oder
anderen Weise die 10 bis 15 Millionen
aussterben, für die wir infolge des Raubes un-
serer Handelsflotte, unserer Kolonien, unseres ganzen
Besitzums im Ausland und eines Teiles unserer heim-
ischen Wodenschätze, infolge der Vernichtung der Indus-
trie und des Handels mit dem von uns selbst Bearbei-
teten Reich nicht mehr decken können. Vom Welt-
aber kann und darf das deutsche Volk nicht leben wollen,
und völlig unvereinbar mit seiner Ehre wäre es gar,
wenn wir jene absetzen würden, welche durch ihren
längst geplanten gemeinsamen Handelsaußfall, durch die
Sanierungsblockade, durch die mit teuflischer Ueberlegung
ausgedacht Bestimmungen des sogenannten Versailler
Friedens uns in das entsetzliche Elend der kommenden
Tage gestürzt, welche uns sechs Jahre lang bis heute
mit Verleumdung, Schimpf und Schande überhäuft
haben. Ohne völkische Ehre gibt es nicht
genug auch gar kein gelingendes Gedeihen für

